

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/8

"Bestimmung der Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche - Art. 49 der Bayerischen Verfassung"

Vorgangsverlauf:

1. Mitteilung 17/8 vom 10.10.2013
2. Beschluss des Plenums 17/9 vom 10.10.2013
3. Plenarprotokoll Nr. 3 vom 10.10.2013



Mitteilung

Bestimmung der Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche – Art. 49 der Bayerischen Verfassung

Nach Art. 49 der Verfassung hat der Ministerpräsident die Zahl und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) wie folgt bestimmt:

1. Die neun Staatsministerien

Die Geschäfte der Staatsregierung werden auf folgende neun Geschäftsbereiche aufgeteilt:

- Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr
- Staatsministerium der Justiz
- Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst
- Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
- Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie
- Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
- Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration
- Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

2. Veränderungen im Einzelnen

2.1 Im Staatsministerium des Innern werden alle Zuständigkeiten für den Verkehr gebündelt, auch soweit sie bisher im Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie ressortierten (Schiene, Luft, Wasser, Seilbahnen). Darüber hinaus übernimmt das Ministerium die Zuständigkeit für den Sport (mit Ausnahme des Schulsports) aus dem Geschäftsbereich des bisherigen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus. Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig die Bezeichnung Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr.

2.2 Die bisher vom Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wahrgenommene Federführung im Verbraucherschutz übernimmt das künftige Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Der rein rechtliche Verbraucherschutz, der sich vor allem auf das Zivilrecht bezieht, bleibt davon unberührt. Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig wieder die Bezeichnung Staatsministerium der Justiz.

2.3 Die bisherigen Staatsministerien für Unterricht und Kultus sowie für Wissenschaft, Forschung und Kunst werden zu einem Geschäftsbereich zusammengelegt. Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig die Bezeichnung Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.

2.4 Das Staatsministerium der Finanzen übernimmt folgende Zuständigkeiten:

- Die digitale Erschließung ganz Bayerns über geeignete Technologien wie Breitband oder Funk (bisher Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie).
- Die Landesentwicklung (bisher Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie).
- Die Prüfung von Behördenverlagerungen aus den Großstädten in den eher ländlich geprägten Raum und Grundsatzfragen der Verwaltungsreform, auch soweit sie über die reine Verlagerung von Behörden hinausgehen (bisher Staatskanzlei).
- Die Koordination der Aktivitäten Bayerns zu den kommenden demografischen Herausforderungen – unbeschadet der jeweils eigenen Zuständigkeit aller Ressorts in diesem Querschnittsthema. Der zuständige Staatsminister wird insoweit „Beauftragter für Demografie“.

Das Ministerium soll sich den Grundsatzfragen der digitalen Verwaltung, der Aufgaben des staatlichen CIO (Chief Information Officer) und der Steuerung erweiterten eGovernments einschließlich des Auftrags zur Bündelung der staatlichen Rechenzentren verstärkt widmen. Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig die Bezeichnung Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Im Rahmen seiner gewachsenen Aufgaben ist beabsichtigt, für das Staatsministerium einen zweiten Amtssitz in Nürnberg einzurichten.

2.5 Das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie übernimmt folgende Zuständigkeiten:

- Alle Zuständigkeiten für den Bereich Energie (ausgenommen Kernenergie, Strahlenschutz, Stilllegung kerntechnischer Anlagen) sowie der Energiewende, auch soweit sie bisher im Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit oder im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ressortierten.
- Den Bereich Medien samt Medien- und Filmförderung, wobei hier auch kulturelle Belange besonders zu würdigen sind. Die Zuständigkeit für den Rundfunk (einschließlich der Rundfunkgesetzgebung und -gremien) verbleibt in der Staatskanzlei.
- Im Staatsministerium wird die Förderung der angewandten, wirtschaftsnahen und institutionellen Forschung auf dem Feld von Wirtschaft, Technologie und Fortschritt zusammengeführt, auch soweit sie bisher im Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ressortierte.

Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig die Bezeichnung Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.

2.6 Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit übernimmt aus dem Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz die Federführung für den Verbraucherschutz (vgl. Ziff. 2.2). Es behält die Zuständigkeit für das Veterinärwesen, die Lebensmittelsicherheit und den gesundheitlichen Verbraucherschutz. Es übernimmt ferner diejenigen Zuständigkeiten des bisherigen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, die sich auf Fragen des technischen und stofflichen Verbraucherschutzes beziehen. Der Bereich Humangesundheit wechselt in das neue Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (vgl. Ziff. 2.8). Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig die Bezeichnung Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.

2.7 Das bisherige Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen übernimmt vom bisherigen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ergänzend die Zuständigkeit für die Jugendarbeit und den erzieherischen Jugendschutz. Es führt künftig die Bezeichnung Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration.

2.8 Neu gebildet wird das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Es wird die Zuständigkeit für das gesamte Gesundheitswesen (betreffend Humangesundheit) einschließlich der gesetzlichen Krankenversicherung wahrnehmen, die bisher im Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit ressortierte. Dazu gehört auch die Zuständigkeit für das Krankenhaus- und das Arzneimittelwesen. Es übernimmt ferner aus dem Bereich des bisherigen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen den Bereich der Pflege einschließlich der sozialen Pflegeversicherung und zugehöriger Gebiete, etwa das Hospizwesen, die Familienpflege und die Stärkung pflegender Angehöriger.

2.9 Die Verteilung der Einzelgeschäfte auf die Geschäftsbereiche wird gemäß diesen Vorgaben nach Art. 53 der Verfassung durch Verordnung der Staatsregierung erfolgen (Verordnung über die Geschäftsverteilung der Staatsregierung).



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Bestimmung der Zahl und der Abgrenzung der Geschäftsbereiche – Art. 49 der Bayerischen Verfassung

Nach Art. 49 der Verfassung hat der Ministerpräsident die Zahl und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) wie folgt bestimmt:

1. Die neun Staatsministerien

Die Geschäfte der Staatsregierung werden auf folgende neun Geschäftsbereiche aufgeteilt:

- Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr
- Staatsministerium der Justiz
- Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst
- Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
- Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie
- Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
- Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten
- Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration
- Staatsministerium für Gesundheit und Pflege

2. Veränderungen im Einzelnen

2.1 Im Staatsministerium des Innern werden alle Zuständigkeiten für den Verkehr gebündelt, auch soweit sie bisher im Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie ressortierten (Schiene, Luft, Wasser, Seilbahnen). Darüber hinaus übernimmt das Ministerium die Zuständigkeit für den Sport (mit Ausnahme des Schulsports) aus dem Geschäftsbereich des bisherigen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus.

Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig die Bezeichnung Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr.

2.2 Die bisher vom Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz wahrgenommene Federführung im Verbraucherschutz übernimmt das künftige Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Der rein rechtliche Verbraucherschutz, der sich vor allem auf das Zivilrecht bezieht, bleibt davon unberührt. Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig wieder die Bezeichnung Staatsministerium der Justiz.

2.3 Die bisherigen Staatsministerien für Unterricht und Kultus sowie für Wissenschaft, Forschung und Kunst werden zu einem Geschäftsbereich zusammengelegt. Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig die Bezeichnung Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst.

2.4 Das Staatsministerium der Finanzen übernimmt folgende Zuständigkeiten:

- Die digitale Erschließung ganz Bayerns über geeignete Technologien wie Breitband oder Funk (bisher Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie).
- Die Landesentwicklung (bisher Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie).
- Die Prüfung von Behördenverlagerungen aus den Großstädten in den eher ländlich geprägten Raum und Grundsatzfragen der Verwaltungsreform, auch soweit sie über die reine Verlagerung von Behörden hinausgehen (bisher Staatskanzlei).
- Die Koordination der Aktivitäten Bayerns zu den kommenden demografischen Herausforderungen – unbeschadet der jeweils eigenen Zuständigkeit aller Ressorts in diesem Querschnittsthema. Der zuständige Staatsminister wird insoweit „Beauftragter für Demografie“.

Das Ministerium soll sich den Grundsatzfragen der digitalen Verwaltung, der Aufgaben des staatlichen CIO (Chief Information Officer) und der Steuerung erweiterten eGovernments einschließlich des Auftrags zur Bündelung der staatlichen

Rechenzentren verstärkt widmen. Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig die Bezeichnung Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Im Rahmen seiner gewachsenen Aufgaben ist beabsichtigt, für das Staatsministerium einen zweiten Amtssitz in Nürnberg einzurichten.

2.5 Das Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie übernimmt folgende Zuständigkeiten:

- Alle Zuständigkeiten für den Bereich Energie (ausgenommen Kernenergie, Strahlenschutz, Stilllegung kerntechnischer Anlagen) sowie der Energiewende, auch soweit sie bisher im Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit oder im Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten ressortierten.
- Den Bereich Medien samt Medien- und Filmförderung, wobei hier auch kulturelle Belange besonders zu würdigen sind. Die Zuständigkeit für den Rundfunk (einschließlich der Rundfunkgesetzgebung und -gremien) verbleibt in der Staatskanzlei.
- Im Staatsministerium wird die Förderung der angewandten, wirtschaftsnahen und institutionellen Forschung auf dem Feld von Wirtschaft, Technologie und Fortschritt zusammengeführt, auch soweit sie bisher im Staatsministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst ressortierte.

Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig die Bezeichnung Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie.

2.6 Das Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit übernimmt aus dem Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz die Federführung für den Verbraucherschutz (vgl. Ziff. 2.2). Es behält die Zuständigkeit für das Veterinärwesen, die Lebensmittelsicherheit und den gesundheitlichen Verbraucherschutz. Es übernimmt ferner diejenigen Zuständigkeiten des bisherigen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, die sich auf Fragen des technischen und stofflichen Verbraucherschutzes beziehen. Der Bereich Humangesundheit wechselt in das neue Staatsministerium für Gesundheit und Pflege (vgl. Ziff. 2.8). Das Staatsministerium führt entsprechend seinem neuen Aufgabenzuschnitt künftig die Bezeichnung Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz.

2.7 Das bisherige Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen übernimmt vom bisherigen Staatsministerium für Unterricht und Kultus ergänzend die Zuständigkeit für die Jugendarbeit und den erzieherischen Jugendschutz. Es führt künftig die Bezeichnung Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration.

2.8 Neu gebildet wird das Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Es wird die Zuständigkeit für das gesamte Gesundheitswesen (betreffend Humangesundheit) einschließlich der gesetzlichen Krankenversicherung wahrnehmen, die bisher im Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit ressortierte. Dazu gehört auch die Zuständigkeit für das Krankenhaus- und das Arzneimittelwesen. Es übernimmt ferner aus dem Bereich des bisherigen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen den Bereich der Pflege einschließlich der sozialen Pflegeversicherung und zugehöriger Gebiete, etwa das Hospizwesen, die Familienpflege und die Stärkung pflegender Angehöriger.

2.9 Die Verteilung der Einzelgeschäfte auf die Geschäftsbereiche wird gemäß diesen Vorgaben nach Art. 53 der Verfassung durch Verordnung der Staatsregierung erfolgen (Verordnung über die Geschäftsverteilung der Staatsregierung).

Die Präsidentin

Barbara Stamm

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Ministerpräsident Horst Seehofer
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Hubert Aiwanger
Abg. Ludwig Hartmann
Abg. Thomas Kreuzer

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Bestätigung

der vom Ministerpräsidenten bestimmten Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche (Staatsministerien) - Artikel 49 der Bayerischen Verfassung (Drs. 17/8)

Hierzu darf ich jetzt dem Bayerischen Ministerpräsidenten das Wort erteilen. Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

Ministerpräsident Horst Seehofer: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Nach Artikel 49 der Verfassung bestimmt der Ministerpräsident die Zahl der Geschäftsbereiche der Staatsregierung und legt die Abgrenzung fest. Nach vielen Gesprächen und in enger Abstimmung mit dem neuen Vorsitzenden der Mehrheitsfraktion haben wir uns entschieden, für die Zukunftsaufgaben die größte Veränderung der Geschäftsbereiche in den letzten Jahrzehnten vorzunehmen. Hinsichtlich der Zahl der Geschäftsbereiche treffe ich folgende Bestimmungen:

Die Geschäfte der Staatsregierung werden in neun Geschäftsbereiche aufgeteilt. Es sind dies:

das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr,

das Staatsministerium der Justiz,

das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst,

das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat,

das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie,

das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz,

das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten,

das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration und das neue Staatsministerium für Gesundheit und Pflege.

Hinsichtlich der Abgrenzung der Geschäftsbereiche treffe ich folgende Bestimmungen:

Erstens, das Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr. Wir bauen das Ministerium zum Infrastrukturministerium aus. Damit bündeln wir die Kompetenz für einen entscheidenden Schwerpunkt der kommenden Legislaturperiode in einem Haus. Bau und Verkehr werden, wie im Bund, in einem Ressort verortet. Wir wollen damit auch eine starke Stimme Bayerns im Bund erreichen, gerade zur Auflösung des Investitionsstaus. Wie der Innenminister im Bund soll künftig auch der Bayerische Innenminister der Sportminister des Landes sein.

Zweitens, das Staatsministerium der Justiz. Die bisher im Justizministerium wahrgenommene Federführung im Verbraucherschutz übernimmt das neue Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Das Staatsministerium der Justiz kehrt damit zu seiner traditionsreichen Kernaufgabe Recht und Justiz zurück.

Drittens, das Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst. Diese Zusammenlegung ist einer der größten Schritte der Kabinettsreform. Die gesamte Bildungspolitik kommt künftig aus einer Hand. Entscheidend für unser erfolgreiches Bildungswesen sind bekanntlich die Übergänge und die Durchlässigkeit in der Vielfalt der Bildungsangebote. Das Ziel einer optimalen Förderung aller Talente in allen Lebensphasen spiegelt sich nun in einem großen Haus wider. Bildung ist eine der Kernkompetenzen der Länder und damit auch dieses Hohen Hauses. Bildungszentralismus ist bekanntlich ein Irrweg. Wir gehen unseren bayerischen Weg, gerade in der Bildungspolitik.

Viertens, das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat. Das Staatsministerium der Finanzen wird um die Zuständigkeiten für Landesentwicklung und Heimat erweitert. Im Rahmen seiner gewachsenen Aufgaben ist beabsichtigt,

für das Staatsministerium einen weiteren Amtssitz in Nürnberg zu errichten. Nürnberg hat die höchste Arbeitslosenquote aller Städte und Landkreise. Sie liegt über dem Bundesdurchschnitt. Deshalb ist dieser Schritt der Schaffung eines zweiten Amtssitzes in Nürnberg auch ein Beitrag zur Politik der nächsten fünf Jahre, mehr Arbeitsplätze zu den Menschen zu bringen. Wir unterstreichen mit diesem historischen Schritt die Gleichwertigkeit der Regionen in Bayern.

Das Heimatministerium ist kein Status-quo-Ministerium, sondern ein Zukunftsministerium. Hier wird die Zukunft für die Entwicklung von Stadt und Land, für eine moderne Verwaltung, für den digitalen Aufbruch, für finanziell starke Kommunen und für eine dynamische vernetzte Landesentwicklung gestaltet. Mit dem Heimatministerium werden wir dem Auftrag der Verfassungsänderung vom 15. September dieses Jahres für den ländlichen Raum und für unsere Kommunen gerecht.

Fünftens, das Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie. Das Staatsministerium wird zusätzlich zum Energieministerium ausgebaut. Der Aufbruch in ein neues Energiezeitalter ist bekanntlich eine Generationenaufgabe. Zu allen Grundsatzfragen der Energie wird Bayern hier wie in Berlin künftig mit einer Stimme sprechen. Lediglich die Kernenergie als auslaufende Energieform verbleibt grundsätzlich im Umweltministerium. Wir bündeln im Wirtschaftsministerium auch die Förderung der Forschung außerhalb der Hochschulen. Forschungspolitik ist mehr denn je Standortpolitik mit Strahlkraft und Nutzen für das ganze Land.

Hinzu kommt aus der Staatskanzlei der Bereich Medien samt Medien- und Filmförderung. Die Wirtschaftsministerin erhält als Beauftragte für den Tourismus erweiterte Kompetenzen. Mit Forschung, Film, Tourismus, Energie und Wirtschaft verfügt das Haus künftig über alle Möglichkeiten, den Standort und die kulturelle Kraft Bayerns im globalen Wettbewerb zu sichern und auszubauen.

Sechstens, das Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz. Nachhaltigkeit ist in Bayern ein Teil unserer Lebenskultur. Für die Menschen in Bayern haben sich

Naturschutz, gesunde Luft und reines Wasser, nachhaltiges Wirtschaften, Umweltbildung und Verbraucherschutz zu wesentlichen Kompetenzen entwickelt. Hier wird das bereits 1970 gegründete Ministerium die Grundlagen der Lebensqualität in Bayern sichern und weiterentwickeln können. Das Staatsministerium übernimmt wieder die Federführung für Verbraucherschutz. Der Gesundheitsbereich wechselt zum neuen Staatsministerium für Gesundheit. Veterinärmedizin und gesundheitlicher Verbraucherschutz bleiben beim Verbraucherschutzministerium.

Siebtens, das Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Dieses Staatsministerium bleibt praktisch unverändert. Bayern ist ein Agrarland. Unsere Landschaft, unsere Fluren, viele Elemente unserer Lebenskultur sind bäuerlich geprägt. Diese mit anderen deutschen Ländern nicht zu vergleichende Bedeutung rechtfertigt die Beibehaltung eines eigenen Ressorts.

Achtens, das Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Ein Markenzeichen Bayerns ist die Verbindung von wirtschaftlichem Erfolg und sozialem Zusammenhalt. Niemand steht bei uns am Rande. Den Schwachen wird verlässlich geholfen. Die Menschen sind bei uns im Lande in hohem Maße ehrenamtlich engagiert. Bayern ist ein sehr familienfreundliches Land. Neue Mitbürger aus anderen Kulturen finden bei uns Arbeit und Lebensglück. Für diesen Kernbestand bayerischer Lebensqualität steht das Sozialministerium. Hier schlägt das soziale Herz der Staatsregierung. Das Ministerium übernimmt aus dem bisherigen Kultusministerium zusätzlich die Jugendarbeit und den erzieherischen Jugendschutz. Besonders wichtig ist mir, dass die Integration als umfassende Zukunftsaufgabe der Gesellschaftspolitik weiter aufgewertet wird. Mit der neuen Benennung des Ministeriums machen wir diesen Schwerpunkt deutlich. Bayern – das darf ich sagen – ist das Land der gelungenen Integration, und diesen Weg des Miteinanders gehen wir weiter.

Neuntens, das neue Staatsministerium für Gesundheit und Pflege. Für die Menschen in Bayern haben Gesundheit und Pflege eine stark wachsende Bedeutung. Gesundes Leben, aktives Älterwerden und eine humane letzte Lebensphase sind entscheidende

Fragen der Landespolitik geworden. Darüber hinaus sind die medizinische Versorgung, die Krankenhausversorgung und die boomende Gesundheitswirtschaft Markenzeichen eines erfolgreichen Landes. Wir wollen diese Markenzeichen weiter ausbauen. Mit dem parallelen Zuschnitt zum Bundesgesundheitsministerium können wir die Interessen der bayerischen Patienten und der Beitragszahler noch besser durchsetzen.

Nach meiner Einschätzung wird der ganze Bereich der Pflege, von den Pflegekräften bis zu einer menschenwürdigen Pflege, ganz gleich, welche Bundesregierung in den nächsten Wochen zustande kommt, eine zentrale Reformaufgabe auf Bundesebene sein. Deshalb ist auch die Bezeichnung "Gesundheit und Pflege" so wichtig. Das neue Ministerium wird auch das Hospizwesen und die Palliativmedizin stärker aufeinander abstimmen können, nachdem es für diese beiden Bereiche zentral zuständig ist. Lösungen aus einem Guss sind das Prinzip auch hier im Hause.

Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe die Bestimmungen zur Zahl und zur Abgrenzung der Geschäftsbereiche vorgetragen. Ich bitte Sie, Frau Präsidentin, dazu den nach Artikel 49 Satz 2 der Bayerischen Verfassung erforderlichen Beschluss des Landtages herbeizuführen.

Lassen Sie mich ergänzend auf weitere Entscheidungen hinweisen, die nicht der Bestätigung durch den Landtag gemäß Artikel 49 der Bayerischen Verfassung bedürfen, über die ich das Hohe Haus aber gerne vorab informieren möchte. Ich werde zwei Staatsministerinnen in der Staatskanzlei mit Sonderaufgaben nach Artikel 50 der Verfassung beauftragen.

Die Leitung der Staatskanzlei werde ich einer Staatsministerin als besondere Aufgabe übertragen. Diese soll zugleich Staatsministerin für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben werden. Zu den Sonderaufgaben zählen vor allem die Entbürokratisierung sowie die zentrale Führung der Marke Bayern samt zugehöriger Öffentlichkeitsarbeit, soweit nicht andere Ressorts mit dafür zuständig sind.

Ich werde ferner eine Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen berufen. Wir haben sehr viele Partnerschaften auf der ganzen Welt mit anderen Ländern, mit anderen Regionen. Wir pflegen, wenn ich nur das Stichwort Tschechien sagen darf, eine sehr gute Nachbarschaft mit all unseren Nachbarn. Dies alles fällt unter dieses Ressort.

Nach der am 15. September 2013 vom Volk bestätigten Verfassungsänderung soll die Staatsregierung künftig auch mit diesem Hohen Hause die europapolitische Abstimmung deutlich stärker suchen und bayerische Interessen in Brüssel wahren. Auf diese wichtigen Aufgaben wird sich in Zukunft eine Ministerin mit voller Kraft konzentrieren können.

Die neue Struktur der Staatsregierung hat naturgemäß auch Auswirkungen auf die Zusammenarbeit zwischen Exekutive und Legislative. Ich lade das Hohe Haus und alle Fraktionen herzlich ein, die genannten politischen Schwerpunkte konstruktiv zu begleiten, für Bayern und seine Menschen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich eröffne die Aussprache. Die Fraktionen haben sich auf 15 Minuten Redezeit pro Fraktion verständigt. Als Erstem darf ich dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Kollegen Rinderspacher, das Wort erteilen. – Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, Herr Ministerpräsident! Der Ministerpräsident hat am 18. April 2013 in der "Passauer Neue Presse" angekündigt, die Verwaltung in Bayern tiefgreifend zu reformieren. Ein historischer Wurf solle sein neues Kabinett werden. Die Größe der Herausforderung verglich Herr Seehofer mit der Schaffung des modernen Bayerns unter dem königlichen Minister und Staatsreformer Maximilian von Montgelas vor 200 Jahren.

Heute präsentiert der Ministerpräsident das Ergebnis seiner Überlegungen, und das provoziert geradezu die Bemerkung: Vielleicht hätten die Ankündigungen auch ein kleines bisschen bescheidener ausfallen können; denn es drängt sich mit Blick auf den historischen Vergleich mit Montgelas der Verdacht auf: Der Berg kreißte und gebar eine Maus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Und dennoch, meine Damen und Herren, will ich mit einem Lob beginnen. Wir begrüßen es als SPD-Fraktion, dass mehrere unserer Forderungen und Vorschläge aufgegriffen wurden.

Wirtschafts- und Energiepolitik werden künftig in einem Ressort zusammengefasst. Sie haben den Missstand der letzten Legislaturperiode erkannt, nämlich dass die bisherigen Zuständigkeitsrangeleien zwischen Wirtschafts- und Umweltministerium die Energiewende mehr blockiert als vorangetrieben haben und diesen Fehler korrigiert. Wir begrüßen das.

Die gesamte Bildungsbiografie von der frühkindlichen Bildung über die schulischen Laufbahnen bis hin zur Hochschule abzubilden, war mit Blick auf einen ganzheitlichen Bildungsbegriff immer unsere politische Forderung. Wir unterstützen, dass Sie diesen Weg einschlagen. Nun wird es vom Minister abhängen, ob ihn die Fülle der zu bewältigenden Aufgaben erdrückt, oder ob er etwas daraus macht. Die bestehenden schulischen Herausforderungen, das Schulsterben in Bayern und die Probleme beim G 8 dürfen dabei nicht hintanstehen.

(Beifall bei der SPD)

Wir halten es auch für einen überfälligen Schritt, dass das große Zukunftsthema Integration in einem Ministerium aufgewertet wird. Diese von uns erhobene Forderung hatten Sie bislang abgelehnt. Umso besser ist es, dass Sie hier einen Schwenk in die richtige Richtung vornehmen. Dabei darf es allerdings nicht bei einem Türschild "Integ-

ration" an der Ministeriumspforte bleiben. Die Migrantinnen und Migranten in unserem Land erwarten echte Teilnahmehandlungen, so wie es ein Integrationsgesetz, das die SPD 2011 eingebracht hat, vorsieht. Wir werden mit unserem neuen Kollegen Arif Tasdelen demnächst ein solches Regelwerk der Willkommenskultur als Gesetzentwurf in den Bayerischen Landtag einbringen.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, insgesamt ist der Zuschnitt der Ministerien nachvollziehbar. Sie korrespondieren mit vielen Kabinetten in den Bundesländern. Zu einem Staatsreformer Montgelas, Herr Ministerpräsident, steigen Sie damit also nicht auf. Aber Sie nehmen sinnvolle und nötig erscheinende Korrekturen vor. Dennoch betrachten wir manches auch mit Skepsis und Unverständnis.

Kritikpunkt eins: Im Sozialministerium, das bisher den Titel "Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen" hatte, fallen die Frauen künftig weg. Und nicht nur dort: Von 17 Kabinettsposten sind nur 5 mit Frauen besetzt, noch nicht einmal ein Drittel. Es gibt keine einzige Staatssekretärin. Der Frauenanteil im Kabinett ist immer noch höher als der Anteil der Frauen in der CSU-Fraktion. Dort liegt er bei 20,8 %. Aber nach der angeblichen CSU-Frauenoffensive war zwingend zu erwarten, dass mindestens jede zweite Position im Kabinett weiblich besetzt wird. Im 21. Jahrhundert sollte das eine Selbstverständlichkeit sein.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

So jedoch zieht sich die Benachteiligung von Frauen wie ein roter Faden durch die Seehofer-Verwaltung. Eine parlamentarische Anfrage meiner Kollegin Dr. Simone Strohmayer hat ergeben, dass in den bayerischen Ministerien, die besonderen Vorzeigekarakter haben sollten, Frauen oft das Nachsehen haben. Im Durchschnitt liegt der Frauenanteil bei den Abteilungsleiterstellen bei 18 %, nur 22 % der Referate werden von einer Frau geleitet. In Ihrer Amtszeit, Herr Ministerpräsident, hat sich im Hinblick auf Gleichstellungsbelange nichts verbessert.

Die SPD-Fraktion wird in Kürze ein Bayerisches Gleichstellungsgesetz einbringen mit dem Ziel, berufliche Gleichstellung herzustellen und gleiche Chancen zu schaffen, insbesondere in den bayerischen Ämtern und Behörden. Das ist und bleibt ein Kernanliegen der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Immerhin wird nun das Arbeitsministerium von einer Frau geführt. Nach dem Ausscheiden der FDP aus dem Landtag erwarten wir von Ihnen, Frau Müller, dass Sie dem Hohen Hause schnellstmöglich ein Vergabe- und Tariftreuegesetz vorlegen, das bei öffentlicher Auftragsvergabe einen Mindestlohn von 8,50 Euro vorsieht. Staatlich unterstütztes Lohndumping darf es in Bayern nicht weiter geben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es folgt Kritikpunkt Nummer zwei: Der Ministerpräsident ist wie 2008 der Versuchung erlegen, Ressortzuschnitte nicht konsequent an den Prinzipien von Sinnhaftigkeit und Zielführung auszurichten, sondern er verteilt persönliche Zugeständnisse an einzelne Kabinettsmitglieder wie Bonbons und Süßigkeiten an kleine Kinder. Dies hat zur Folge, dass es in der laufenden Legislaturperiode wieder zu doppelten Verantwortlichkeiten und zu Zuständigkeitsüberschneidungen kommt, auch dort, wo es nicht sein müsste.

Im neuen Kabinett gehören Bundes- und Europaangelegenheiten plötzlich nicht mehr zusammen, sondern werden auf zwei unterschiedliche Ministerien aufgeteilt. Der Verdacht liegt nahe: Sie wollten einer Ministerin etwas Gutes tun. Gut ist es jedoch nicht im Hinblick auf das Ganze; denn Bundes- und Europapolitik sind in der Praxis kaum zu trennen. Wir halten diese Entscheidung für einen Fehler.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es folgt Kritikpunkt drei: Wir hatten vorgeschlagen, die Zuarbeit in der Staatskanzlei, wie es früher bereits der Fall war, aufgabenadäquat nicht mit einem Minister- oder

einem Ministerinnenposten zu belohnen. Früher ging das auch mit einer Staatssekretärin oder einem Staatssekretär. Leider sind Sie diesem unserem Sparvorschlag nicht gefolgt.

Es folgt Kritikpunkt vier: Sie hatten in den vergangenen Wochen immer wieder den Eindruck erweckt, auf den Ministerposten eine personelle Erneuerung anzustreben und zwar in einem nicht unerheblichen Umfang. Immer wieder hatten Sie bei den Medien offensiv Spekulationen genährt, Sie würden einen ganz großen Wurf wagen, würden neuen Gesichtern in Ministerämtern eine Chance geben.

Da waren Sie offensichtlich etwas voreilig. Ja, es wurde eine Staatssekretärin befördert, und es gibt eine einzige winzig kleine personelle Erneuerung auf einem Ministeressel: Professor Bausback wird Staatsminister der Justiz, übrigens eine Personalie, mit der wir als SPD gut leben können. Wir haben als SPD im Rechtsausschuss gewiss nicht immer Ihre Auffassungen geteilt, Herr Professor Bausback, aber Sie haben seriöse Arbeit geleistet. Wir halten Sie prinzipiell für das Amt geeignet, was sich jedoch erst erweisen muss, und wir wünschen Ihnen ein glückliches Händchen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN – Unruhe bei der CSU)

Ansonsten gibt es keine neuen Gesichter, auch keinen frischen Wind. Vielleicht mal ein externer Fachmann, eine Expertin ohne CSU-Parteibuch? - Nein, die CSU bleibt unter sich, und der Regionalproporz bestimmt das Denken. Ein personalpolitisches "Weiter so" liegt vor, einen großen Wurf wird das wohl niemand ernsthaft nennen. So hält der Ministerpräsident konsequent auch an von Affären geschüttelten Ministerinnen und Ministern fest. Angesichts der Ankündigung von Erneuerung, die nun nicht stattfindet, ist das kein besonderer Vertrauensbeweis des Regierungschefs in Richtung seiner CSU-Fraktion. Herr Seehofer erkennt dort wohl nicht zwingend die Talente für eine bayerische Staatsregierung.

Eine Neuerung soll nun regelrecht als Revolution vermarktet werden, und die Spin-Doktoren in der Staatskanzlei und in der Nymphenburger Straße arbeiten bereits an den Hochglanzbroschüren. Der Ministerpräsident hatte beim Zukunftsgutachten aufgrund des Drucks von bayerischer Opposition und Öffentlichkeit erkennen müssen, dass die Regionen von der CSU in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden waren. Ergebnis dieser Erkenntnis war: Ein Heimatministerium muss her, am besten im ländlichen Raum. So wurde es versprochen. Aus dem Heimatministerium ist nun ein Home-Office für Markus Söder geworden.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Franke in gesunder geografischer Distanz zum Ministerpräsidenten - das wird wohl Gründe haben. Der Amtssitz liegt aber nicht, wie in Aussicht gestellt, im ländlichen Raum, sondern in der zweitgrößten Stadt Bayerns, in der Metropole Nürnberg, der Heimatstadt von Markus Söder.

Wir befürchten, dass es sich bei diesem Ministerium um eine reine Marketingmaßnahme handelt. Heimat zentralistisch zu organisieren, egal ob in München oder in Nürnberg, wäre ein bloßes "Weiter so". Bayern braucht nicht mehr CSU-Zentralstaat, Bayern braucht nicht mehr CSU-Zentralbürokratie. Davon haben wir mehr als genug und viel zu viel. Was Bayern braucht, ist mehr Dezentralität, ist mehr Freiheit und mehr Eigenverantwortung in den Regionen. Heimat muss ein Begriff der Nähe bleiben, der Identität und Charakter stiftet. Heimat ist nichts Ferngesteuertes.

Deshalb sollte es Ihre erste Amtshandlung sein, Herr Minister, endlich den Kommunen mehr finanzielle Spielräume zu gewähren, so wie es SPD und kommunale Spitzenverbände seit vielen Jahren fordern. Konkret bedeutet dies: Erhöhen Sie den kommunalen Anteil am bayerischen Steueraufkommen, stärken Sie die regionale Selbstverwaltung.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wir halten es fast schon für eine zum Versagen verdampte Konstruktion, ausgerechnet Bayerns Sparkommissar gleichzeitig mit dem Gegenteil dessen, wofür er eigentlich zuständig ist, zu betrauen, nämlich damit, die überaus großen Bedürfnisse der Regionen zu befriedigen. Der Finanzminister wird mit der Quadratur des Kreises beauftragt. Als Finanzminister muss er die Steuergelder zusammenhalten und sein nahezu uneinhaltbares Wahlversprechen, Bayern schuldenfrei zu machen, umsetzen. Als Heimatminister wird das genaue Gegenteil von ihm erwartet, nämlich mehr Geld für die Regionen auszugeben, und zwar deutlich mehr; denn diese Hoffnungen und Erwartungen hat der Ministerpräsident im Wahlkampf in den Regionen geschürt: mehr Geld im Süden, im Norden, im Westen und im Osten.

Der Regierungschef hat in allen Landesteilen goldene Wasserhähne versprochen, und Sie, Herr Söder, werden am Ende der Buhmann sein; denn Sie werden Ihre Sparziele nicht erreichen und zugleich die hohen Erwartungen der Menschen in den Regionen enttäuschen müssen. Ihre Ausgangsposition für das, was Sie werden wollen, hat sich damit deutlich verschlechtert, nicht etwa verbessert.

(Beifall bei der SPD)

Damit, meine Damen und Herren, kommen wir zu Ilse Aigner, der ab heute designierten Spitzenkandidatin der CSU für 2018. Ilse Aigner wird es dann richten sollen. Als stellvertretende Ministerpräsidentin hat sie eine gute Ausgangsposition. Wir kennen Ilse Aigner als Bundesverbraucherschutzministerin in Berlin. Im "Stern" wurde sie vor drei Wochen uncharmanterweise als "Pleiten-Pech-und-Pannen-Ministerin" etikettiert. Die "Süddeutsche Zeitung" bezeichnete sie als "Ankündigungsministerin". Wir kennen Frau Aigner vom Pferdefleisch-Skandal. Wir kennen Sie vom Dioxineier-Skandal. Wir kennen Frau Aigner vom Antibiotika-in-Masthühnern-Skandal. Wir kennen Sie von der Ehec-Krise - es ging damals um gefährliche Keime in Sprossen -, und wir wissen, was aus ihren Aktionsplänen geworden ist, nämlich nichts. Wir kennen sie von der Ankündigung, überhöhte Dispozinsen gesetzlich zu regeln. Wir wissen, was daraus geworden ist, nämlich nichts. Wir wissen, dass sie sich einmal für den Datenschutz in sozia-

len Medien eingesetzt hat. Bei Facebook ist sie sogar ausgetreten. Auch aus dem Datenschutz ist nichts geworden. Bei der NSA-Affäre, als die Verbraucher in Deutschland nun wirklich die Hilfe der Ministerin dringend gebraucht hätten, hat sich Frau Aigner erst gar nicht eingemischt, sondern regelrecht weggeduckt.

Wir hoffen, meine Damen und Herren, dass Frau Aigner bei der Energiewende mehr Tatkraft und mehr Durchsetzungsvermögen an den Tag legt. Ankündigungen allein werden hier nicht reichen. Wir werden die Umsetzung ihrer Ankündigungen ganz genau kontrollieren. Sie müssen liefern.

(Beifall bei der SPD)

Das gilt im Übrigen für die gesamte Bayerische Staatsregierung, das gesamte Kabinett. Sie sind nun in der Pflicht, Sie sind nun in der Verantwortung. Trotz manch angebrachter Skepsis wünschen wir Ihnen dabei eine glückliche Hand.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der Fraktion der FREIEN WÄHLER, Herr Kollege Aiwanger. Bitte, Herr Kollege.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir stehen heute vor der Entscheidung, wie das Kabinett aussieht und wie wir uns als Landtag zu dem Vorschlag des Ministerpräsidenten positionieren.

Herr Ministerpräsident, Sie haben hier die konstruktive Unterstützung des Hohen Hauses erbeten. Ich glaube, zu einer konstruktiven Zusammenarbeit gehört es auch, die Ziele und Themen zu hinterfragen. Die wichtigsten Themen, die hier geradezu nach einer Korrektur rufen und die Sie teilweise in Ihrem Kabinettszuschnitt abbilden wollen, sind die Themen Energiewende, Bildung und Regionalität, ohne andere hintanstellen zu wollen, aber das sind die drei Kernthemen, um die es bei diesem Zuschnitt gehen sollte.

Uns als FREIE WÄHLER hat im Vorfeld die ganze Debatte gestört, wer denn der Superminister ist, wer die Superministerin ist, wer "super-superer" ist als der andere. Aufgrund dessen hatte man den Eindruck, dass ein gewisser Kabinettszuschnitt auch darauf abgezielt hat, hier vielleicht ein paar Leute noch in der Balance zu halten, ein paar Leute gegeneinander zappeln zu lassen, damit nicht der eine oder die andere zu schnell Oberhand bekommt. Wenn jeder ein Super-Markus oder eine Super-Ilse ist, dann wird das am Ende schon einige Zeit gut gehen.

Aber es geht um die Themen. Ich beginne mit der Energiethematik. Es war unsere Forderung als FREIE WÄHLER, ein eigenes Energieministerium einzurichten. Sie haben zwar die Kompetenzen gebündelt, aber in unseren Augen ist ein Ministerium, das nebenher noch für Medien und Film, für Wirtschaftsförderung und für diverse wirtschaftspolitische Entscheidungen zuständig ist, mit dieser Kompetenzbündelung wohl überfordert. Eine Bündelung mag gut sein, wenn an der betreffenden Stelle ausreichende Kapazitäten zur Verfügung stehen. In der jetzigen Konstellation sehen wir aber die Gefahr, dass aus drei bis vier Zuständigkeiten, die ein bisschen Zeit für die Energiewende hatten, ein Ministerium wird, das für die Energiewende ein bisschen Zeit hat, dass also unter dem Strich wahrscheinlich weniger für die Energie übrig bleibt als bisher.

Bisher war im Landwirtschaftsministerium auch das Thema der nachwachsenden Rohstoffe verortet. Wir hoffen, dass dieses Thema nicht völlig verloren geht. Vielleicht hat Frau Aigner im neuen Ministerium noch den Gedanken im Hinterkopf, dass nachwachsende Rohstoffe in der Landwirtschaft nicht nur unter finanziellen Aspekten zu sehen sind, sondern dass man neben der Biokraftstofferzeugung als Abfallprodukt auch Eiweißfuttermittel produziert. Ich hoffe, dass das den Bürokraten im Wirtschaftsministerium beizubringen ist, damit hier nicht wertvolle Fachkompetenz verloren geht.

Wir sehen, dass es bei der Energiewende notwendig ist, sich mit Lobbyisten anzulegen. Ich glaube, das wird die Hauptaufgabe sein. Auch hier wünsche ich Frau Aigner viel Durchsetzungskraft. Wir haben diese Durchsetzungskraft gegenüber Lobbyisten

vielfach vermisst, wenn es um das Thema Gentechnik, wenn es um das Thema mafiöse Strukturen im Fleischhandel gegangen ist. Da hat man viel angekündigt, viel Aufklärung und harte Strafen versprochen, und gekommen ist am Ende nichts, und wenn, dann für die kleinen Strukturen zusätzliche Bürokratie. Beim Energieministerium sind wir also nicht von der Wirksamkeit überzeugt, weil es kein eigenes Ministerium geworden ist. Wir hätten uns das gewünscht.

Beim Thema Bildungskompetenz begrüßen wir an dieser Stelle die Zusammenführung mit dem Wissenschaftsministerium. Wir sehen aber trotzdem noch den frühkindlichen Bereich außen vor. Die ganze Debatte um die Qualitätssteigerung im frühkindlichen Bereich kommt zu kurz. Sie sehen die Probleme draußen, dass wir zu wenige Erzieherinnen haben, dass Kommunen ausschreiben müssen. Die Kommunen suchen nach Erzieherinnen und bekommen sie nicht. Ich glaube, dass hier die Chance vergeben worden ist, den frühkindlichen Bereich auf Augenhöhe mit dem Bildungsbereich zu setzen, nicht deswegen, um Kinder mit drei Jahren Englisch oder Chinesisch lernen zu lassen, sondern um die Wertschätzung auszudrücken und das Personal ordentlich zu bezahlen,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

in meinen Augen in etwa vergleichbar einer Grundschullehrerin. Dann bekommen wir genügend qualifizierte Erzieherinnen. Das ist nötiger denn je. Ich glaube, dass hier für die Zukunft unserer Gesellschaft die Weichen entscheidender gestellt werden, als wenn wir oben im Hochschulbereich noch die eine oder andere Korrektur vornehmen. Der frühkindliche Bereich gehört in unseren Augen zusammen mit Bildung und Wissenschaft zwingend in eine Hand. Vielleicht ist es bei einer späteren Korrektur möglich, eine Aufwertung des frühkindlichen Bereichs vorzunehmen; denn der ist äußerst wichtig, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Bei der Besetzung des Kultus- und Wissenschaftsministeriums sehen wir leider auch nicht die Köpfe, die für einen Neuanfang sprechen würden. Herr Spaenle ist nach wie vor der Befürworter des Flexi-Jahres und meint, damit das Thema G 8/G 9 entschärfen zu können. Wir sind da anderer Meinung. Wir haben damals bei der Neubesetzung des Kabinetts Herrn Sibler die Chance gegeben und gesagt, wir wollen nicht dagegen stimmen, lassen wir ihm die Chance. Leider Gottes scheint er hier die Meinung zu vertreten, das G 9 würde gerade im ländlichen Bereich den Gymnasien schaden. Komischerweise vertritt gerade in Deggendorf ein Gymnasialrektor die gegenteilige Ansicht und sagt, ein G 9 brächte die Chance, dass die Kinder auch im ländlichen Bereich wieder lieber aufs Gymnasium gehen, weil dann die Schulwege, die noch dazukommen, nicht so stark zu Buche schlagen würden.

Dritter großer Themenkomplex: Regionalität. Hier ist das viel beschworene Heimatministerium angekündigt worden. Es war geradezu der Wahlkampfschlager neben der Pkw-Maut für Ausländer. Ich glaube, am Ende ist daraus eine Außenstelle für die Selbstdarstellung von Herrn Söder geworden, um sich als kleines Gegengewicht in Franken zu positionieren. Vielleicht ist es aber auch der Hinweis: Lieber Markus, richte dir dein Nest in Nürnberg ein, in München sitzt schon eine Kronprinzessin.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Man kann es so herum oder andersherum interpretieren: Unterm Strich ist es nicht das, was angekündigt war. Ich sage es gleich vorneweg: Wir haben ein Heimatministerium immer abgelehnt, weil wir uns gesagt haben, ein solches Ministerium birgt die Gefahr, dass andere Ministerien meinen könnten: Uns geht dieses Thema jetzt nichts mehr an, damit befassen sich jetzt die. In Nürnberg wird es jetzt heißen: Es hieß einmal, irgendwo im ländlichen Bereich. – Man sieht, dass Nürnberg in den Augen der Münchner Zentralisten als ländlicher Raum gilt. Insofern kann ich durchaus feststellen: Dieses Heimatministerium ist ein Versuch, Gesichtswahrung zu betreiben und etwas mit einem Titel zu überschreiben. Der eigentlichen Aufgabe wird es nicht gerecht.

Wir fordern, das Thema Stärkung der Heimat noch mehr als Querschnittsaufgabe für alle Ministerien zu betrachten. Das reicht vom Landwirtschaftsministerium über das Kultusministerium, das die kleinen Schulstandorte erhalten muss, bis hin zum Inneministerium, das die Kommunen massiv stärken muss.

Hierbei schließe ich mich den Worten meines Vorredners an. Auch wir FREIEN WÄHLER fordern seit Jahren die Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund auf 15 %. Ich bitte Herrn Dr. Söder, bei der Ausgestaltung seines neuen Ministeriums etwas sparsam vorzugehen und lieber die frei werdenden Mittel in die Erhöhung des Kommunalanteils am Steuerverbund einzubringen. In ganz Bayern gibt es 2.000 Bürgermeister und 71 Landräte. Das sind unsere Heimatminister; die brauchen das Geld, nicht einen schönen Titel, der ihnen nicht weiterhilft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Dieser Aufgabe sollte der bisherige und neue Finanzminister seine höchste Aufmerksamkeit widmen. Am meisten Gutes kann er für die Regionen und die Kommunen tun, wenn er sich für diese Erhöhung des Kommunalanteils aus seinem Steuerkuchen einsetzt. Dann kommt das Geld direkt an, dann braucht man nicht eine Wasserkopfbürokratie, die draußen irgendwo irgendwelche Vignetten verteilt. Nein! Lasst die Leute und die Strukturen, die wir heute schon haben, arbeiten! Gewährt unseren Bürgermeistern und unseren Landräten die finanziellen Voraussetzungen, damit sie ihrer Aufgabe, die Heimat Bayern zu gestalten, gerecht werden können!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Ich füge noch ein paar Worte zum Personal hinzu. Die bisherige Justizministerin ist ein bisschen zur Ministerin für Reiseverkehr ernannt worden. Sie wird jetzt international hin- und hergeschickt, trifft sich vielleicht mit gewissen Leuten, bei denen man es mit dem Wegsperren von Leuten nicht so genau nimmt. So könnte man es sagen, wenn man es böse meinen würde.

(Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD - Widerspruch bei der CSU)

Ich stelle ganz klar fest: Das war eine Verschiebung von Personal von einem Sessel auf den nächsten, um Leute nicht entlassen zu müssen, die man längst hätte entlassen müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Personen, die nach unserem Dafürhalten dem Landtag die Unwahrheit gesagt haben, sind weiterhin in Amt und Würden und wurden einen Stuhl weitergesetzt nach dem Motto: Weg von den alten Taten, vielleicht wird es dann vergessen. – Wir sehen also durchaus Bedarf an Kritik hinsichtlich dieser Umbesetzung und der nicht konsequenteren Entfernung dieser Personen aus dem Kabinett.

Ich sehe hier noch einen Herrn Umweltminister Huber vor mir sitzen, in den wir nach wie vor große Hoffnungen setzen. Er ist nun etwas beschnitten worden, hat dadurch aber vielleicht eine etwas größere Chance, sich um das Thema Hochwasserschutz zu kümmern. Darin wird eine große Zukunftsaufgabe für uns bestehen. Ich warne davor, dieses Thema zu schnell zu vergessen. Ich erinnere daran, dass wir innerhalb von 13 Jahren mit drei Jahrhunderthochwassern zu tun hatten. Das Thema Hochwasserschutz darf nicht ins Hintertreffen geraten; wir müssen darauf alle Mittel und alle Anstrengungen konzentrieren. Somit hat das Umweltministerium eine sehr große Chance, eine wichtige Rolle zu spielen.

Es hat dabei auch die große Aufgabe, sorgsam mit dem Eigentum von Betroffenen umzugehen. Dabei handelt es sich auf der einen Seite um das Immobilieneigentum, auf der anderen Seite um das Grundeigentum derer, die ihre Flächen fluten lassen sollen, um auf der anderen Seite die Häuser zu schützen. Dabei werden häufig schwierige Entscheidungen zu treffen sein. Trotzdem sollten wir uns dieser Aufgabe gemeinsam widmen. Das ist eine Aufgabe, die man nicht einem Minister alleine aufs Auge drücken kann, sondern dabei sind auch die Kommunen gefordert.

Dieses Thema wird sehr stark in die Kommunalpolitik und in die Regionen draußen hineinspielen. Wir brauchen ein bayernweites Gesamtkonzept zum Thema Hochwasserschutz; dieses fehlt mir bis heute. Das muss reichen von einem Management des Sylvensteinspeichers bis hin zu einem Schleusenmanagement. Es geht nicht nur darum, Felder zu fluten, sondern auch darum, vorzeitig Wasserpegel abzusenken, damit die zur Verfügung stehenden Wasserreservoirs den Hochwasserdruck aufnehmen können. Über diese Aspekte muss man neu nachdenken; dazu hat man bisher klare Konzepte vermisst.

Ich hoffe, dass das Thema Landwirtschaft nicht ein Mauerblümchendasein im künftigen Kabinett einnimmt. Es hat den Bereich nachwachsende Rohstoffe verloren. Ich bitte also den bisherigen und neuen Agrarminister, hierbei weiterhin laut aufzutreten.

(Widerspruch des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

- Die nachwachsenden Rohstoffe bleiben bei ihm? Also gut, dann nehme ich diese Aussage zurück. - Ich bitte darum, gut aufzupassen, dass uns dieses Thema nicht genommen wird und dass nicht in Zukunft immer nur die Tank-oder-Teller-Diskussion geführt wird. Vielmehr sollen die Landwirte als Energiewirte weiterhin eine Chance haben und nicht wieder aus Geschäftsfeldern hinausgedrängt werden, in die sie erstmals investiert haben und für die ihnen eine Zukunftschance versprochen worden ist.

Wir haben auch die große Aufgabe vor uns, die bäuerliche Landwirtschaft zu stützen und zu schützen. Dabei kommen große Bedrohungen auf uns zu. Zu nennen sind die Themen Hormonfleisch und Gentechnik. Ich erinnere an das Freihandelsabkommen mit den USA. Dabei werden seitens der Amerikaner diverse Forderungen gestellt, diese Waren in unsere Märkte hineinzulassen. Diese Thematik wünsche ich auch in diesem Hohen Hause noch mehr zu diskutieren. Was kommt mit diesem Freihandelsabkommen überhaupt auf uns zu? Wir sollen nicht hinter verschlossenen Türen diskutieren und am Ende mit einer Wahrheit konfrontiert werden, die uns sehr wehtut. Das Thema Landwirtschaft liegt uns FREIEN WÄHLERN sehr am Herzen. Ich hoffe, dass

es in der Politik weiterhin seinen Niederschlag findet, damit wir auch künftig den Bedarf an gesunden Lebensmitteln mit einer flächendeckenden bäuerlichen Landwirtschaft in Bayern decken können.

Unterm Strich lautet meine Bewertung: Probleme teilweise erkannt, aber nicht befriedigend gelöst. Leider Gottes überwiegt der Schatten, trotz einiger Lichtblicke. Ich habe meine Zweifel, dass dieses Kabinett Bayern als Vorstufe zum Paradies organisieren wird. Trotzdem versuchen wir, hier unseren Beitrag dazu zu leisten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. Jetzt darf ich das Wort dem Vorsitzenden der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteilen, Herrn Kollegen Hartmann. Bitte schön, Herr Kollege.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident! Man kann Ihnen wirklich gratulieren. Sie haben aus dem Nichts lauter Superminister geschaffen: Ilse Aigner, Dr. Söder, Dr. Spaenle. Frau Haderthauer haben Sie selbst gestern auch noch zur Superministerin erhoben. Das ist faktisch wie an der Tankstelle, da gibt es auch nur noch Super. Das Auto ist das gleiche, und deswegen fährt es auch nicht besser.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Blick auf den Zuschnitt der Geschäftsbereiche zeigt, dass einiges hin- und hergeschoben wurde. Man hat in den Medien lange einen großen Wurf erwartet. So groß ist der Wurf nicht geworden. Die Größe des Wurfes hat sich danach bemessen, wie Sie einen inneren Parteidien erzielen können, wie Sie das Machtverhältnis zwischen zwei möglichen drohenden Nachfolgern besser aufteilen und ins Gleichgewicht bringen können.

Ein weiterer Blick zeigt, dass Sie ein sehr wichtiges Ministerium, das Finanzministerium, gewaltig aufgeblasen und daneben ein Zwerge Ministerium für Gesundheit und Pflege eingeführt haben, vielleicht um mit diesem Ministerium der total verfehlten Frauenquote in Ihrem Kabinett einigermaßen Rechnung zu tragen.

Wenn man das Thema Frauen näher betrachtet, fällt auch schon die Bezeichnung des Ministeriums auf. Bislang hieß es "Bayerisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen". Der Begriff "Frauen" ist aus dem Namen herausgestrichen worden. Das zeigt deutlich, welches Familienbild Sie haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Betrachten wir die Rotationen von Frau Dr. Merk, Frau Müller und Frau Haderthauer. Man kann sie mit der fachlichen Qualifikation kaum begründen. Daran merkt man wieder deutlich: Sie hatten kaum Frauen zur Auswahl, also haben Sie einfach ein Stühlerücken im Kabinett betrieben. Die GRÜNEN-Fraktion hätte sich gewünscht, dass Sie den Mut gehabt hätten, den Zuschnitt gemäß den Herausforderungen unseres Landes zu gestalten. Demnach hätten wir einen anderen Zuschnitt benötigt – das ist unbestritten. Man hätte nicht dem Machtgefüge in der CSU Rechnung tragen sollen.

Lassen Sie mich zu dem zukünftigen Finanz- bzw. Heimatminister kommen. Wir alle kennen Minister Markus Söder als einen Minister, der sich gerne medienwirksam präsentiert. Das ist unbestritten. Ich habe noch die vielen Finanzempfänge vor der Landtagswahl in Erinnerung, die der Chef der Schlösser- und Seenverwaltung veranstaltet hat. Minister Söder hat sich gerne vor historischen Gemäuern und malerischen Umgebungen präsentiert. Heimat ist jedoch mehr als eine medienwirksame Inszenierung dieses Amtes. Wenn ich hier durch die Reihen schaue, stelle ich fest, dass wir uns eigentlich alle einig sind. Ich kann mich noch gut an die Debatte zum Landesentwicklungsprogramm – LEP – erinnern. Wir sind uns doch alle darin einig, was Heimat bedeutet. Die "Süddeutsche Zeitung" hat es relativ gut auf den Punkt gebracht – ich zitiere: Ex-Finanzminister Zeil hat hier ein Trümmerfeld hinterlassen.

Wir stehen vor großen Herausforderungen und Aufgaben. Dazu zählt der demografische Wandel. Wir haben eine ganze Reihe von Ortskernen in Bayern, die veröden. Dort müssen wir gegensteuern. Wir brauchen vor Ort passgenaue Bildungskonzepte. Ob Sie wirklich der Richtige dafür sind, bezweifeln wir.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Söder, eines möchte ich Ihnen persönlich mitgeben. Das muss doch jedem klar sein: Heimat kann man nicht planen, Heimat kann man nur schützen, bewahren und erleben. Ob Sie das hinbekommen? Ich wünsche Ihnen ein glückliches Händchen. Ich bezweifle es jedoch.

Lassen Sie mich zu einem Bereich kommen, der schon etwas merkwürdig wirkt. Das Heimatministerium, das groß angekündigt worden ist, ist eigentlich eine Außenstelle des Finanzministeriums. Das Ministerium wird in der zweitgrößten Stadt Bayerns untergebracht. Es soll sich in erster Linie um die Aufgaben des ländlichen Raumes und dessen Probleme kümmern sowie nach Lösungen suchen. Wenn man das so halbherzig betreibt, wird das nach unserer Auffassung nicht funktionieren. Damit wird man der gewaltigen Herausforderung, die wir im ländlichen Raum durchaus haben, nicht gerecht. An dieser Stelle möchte ich einen Dank an die SPD-Fraktion aussprechen, die das Thema seit Jahren immer wieder im Landtag vorgebracht hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich komme zu meinem Lieblingsthema. Im Landtag durfte ich in den letzten Jahren immer wieder sehr lebhaft die Energiewende vertreten. Jetzt gibt es das neue Ministerium "Wirtschaft und Energie". Man kann durchaus darüber streiten, ob es sich um ein Superministerium handelt oder nicht. Gönnen wir Ihnen mal diesen Titel. Genug Ministerien tragen diesen Titel. Wir sind uns alle darüber einig – das wird man fraktionsübergreifend feststellen –, dass wir froh sind, dass Minister Zeil Geschichte ist. Das ist allen klar. Bei der Energiewende war er es, der immer auf die Bremse getreten ist und Baustellen offengelassen hat. Ich erinnere nur an ein Beispiel: Marcel Huber war als

Umweltminister zuständig für den Energie-Atlas Bayern. Ein Teil davon soll der neue Bayerische Windatlas sein. Damals lag die Zuständigkeit für den Windatlas bei Staatsminister Zeil – bis heute hat er nichts Richtiges geliefert. Man sieht: Er ist immer auf die Bremse getreten. Was ist daraus geworden? - Die Energiewende war eine Politik der Planlosigkeit, eine Politik, der es an Verlässlichkeit gemangelt hat, eine Politik, die vor allem Kommunen, regionale Planungsverbände, Bürger und Energiegenossenschaften massiv im Regen stehen gelassen hat, obwohl die Energiewende eine gewaltige Aufgabe ist.

In den letzten fünf Jahren habe ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen der CSU immer gefragt: Haben Sie sich eigentlich innerlich gefreut, dass Minister Zeil auf die Bremse trat, weil Sie die Energiewende so nicht wollten? Ich hoffe einmal, dass es nicht so war. Jetzt haben Sie Zeit. Wir erwarten jetzt – das gilt auch für die neue Ministerin –, dass Sie ein Bekenntnis zur Energiewende ablegen, das zu 100 % auf erneuerbaren Energien aufbaut und dafür sorgt, dass Bayern ein Land der Energiegewinner wird, ein Land – das ist unbestritten – mit einem starken Wirtschaftsstandort. Die Energiewende ist hierfür das entscheidende Instrument, das gelingen muss.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Schöne an der Energiewende ist: Quer durch das Land, von Mittenwald bis Aschaffenburg, treffen wir überall engagierte Bürgerinnen und Bürger, die an der Energiewende mitarbeiten möchten und Energiegenossenschaften gründen. Kleine kommunale Stadtwerke arbeiten an den Herausforderungen der Energiewende und suchen Lösungen. An dieser Stelle kann ich gleich auf das Thema Windkraft und die Windkraftbremse des Ministerpräsidenten eingehen. Wir wissen, je größer die Herausforderung – der eine nennt es Jahrhundertprojekt, der andere Generationsprojekt –, umso mehr Verlässlichkeit müssen wir dort haben. Das ist ganz entscheidend.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es ist nicht mein Stil, die zukünftige Ministerin, die in Energiefragen noch nicht groß in Erscheinung getreten ist, heute schon zu kritisieren. Die Arbeit beginnt erst für sie. Vorschusslorbeeren kann man jedoch für Ilse Aigner auch nicht aussprechen. Wenn man auf ihr Wirken und Handeln als Bundesministerin zurückblickt, fällt eines ganz stark auf: Es handelt sich um eine Person – das haben auch die Zeitungen geschrieben –, bei der man nicht weiß, was sie eigentlich will. Bei der Energiewende muss man wissen, was man will. Das ist ganz entscheidend. Wir haben eine Fürsprecherin für große Lobbyverbände in der Agrarpolitik. Keiner weiß, wofür sie steht. Ihre Reden sind in Brüssel, Berlin und München immer andere gewesen. Das wird bei der Energiewende nicht funktionieren.

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Ich erinnere nur an ein Beispiel aus dem Jahre 2009. Im April 2009 kam das Verbot von Gen-Mais. Nicht einmal einen Monat später hat man Freilandversuche für die Gen-Kartoffel Amflora genehmigt. Das ist Ilse Aigner! Stellen Sie sich das einmal bei der Energiepolitik vor. Dagegen war Horst Seehofer fast noch eine gerade Linie.

(Lachen bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Sache müssen wir uns wirklich bewusst sein. Bei der Energiewende stehen wir an einem Punkt, an dem wir entscheiden müssen, ob wir zu 100 % erneuerbare Energien und eine Abschaffung des alten Energiesystems wollen oder ob wir durch die Energiewende huschen, damit sie irgendwie funktioniert. Unsere Antwort ist klar: Wir brauchen die Verlässlichkeit. Stellvertretend für die vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger, die Stadtwerke und die Landwirte, die investiert haben, werden wir immer wieder eine Verlässlichkeit der Energiepolitik einfordern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich möchte noch einmal auf den Zuschnitt eingehen: Es ist durchaus richtig, die Kompetenzen besser zu bündeln. Wir alle erinnern uns noch an die Energieagentur. Das

ist das beste Beispiel. Dort haben fünf Minister mitgeredet. Jeder Minister war nur darum bemüht, dass nichts ohne ihn passiert. Keiner kam dazu, die Probleme zu lösen. Das war die letzten zweieinhalb Jahre Fakt. Das heißt: An sich ist die Bündelung richtig. Allerdings sehen wir die Bündelung beim Wirtschaftsministerium sehr kritisch. Deshalb haben wir die Konzentration im Umweltministerium vorgeschlagen. Marcel Huber könnte jetzt durchaus nicken, wenn man das vorschlägt. Er würde das sicher nicht schlecht finden. Lassen Sie mich das an drei Punkten darlegen:

Das Wirtschaftsministerium hat bis heute nicht begriffen, dass die Energiewende kommen und gelingen muss. Die halten noch an alten Strukturen fest. So kann man die Energiewende nicht machen.

Den zweiten Bereich, die Energieagentur, habe ich vorhin schon angesprochen. Ein Referat im Wirtschaftsministerium kann keine wirkliche Kraft entfalten und die Lösungen der Probleme nicht anpacken. Das Wirtschaftsministerium ist faktisch immer noch eine Außenstelle der ehemaligen Bayernwerke. Das ist einfach so. Die Energiepolitik ist dort fehl am Platz. Diese hätte ins Umweltministerium gehört.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was spricht für das Umweltministerium? Dort ist sowohl die Kompetenz für den Klimaschutz als auch das Bewusstsein für die Umweltauswirkungen der Anlagen für erneuerbare Energien vorhanden. Die Seilschaften zur alten Energiewirtschaft sind dort nicht so stark ausgeprägt wie im Wirtschaftsministerium.

Was die Ministerin jetzt anpacken muss, könnte ich stundenlang aufzählen. In den letzten Jahren hat es viele Versäumnisse gegeben. Der Ministerpräsident hat vorhin die Zusammenarbeit angesprochen. Ich wäre schon froh, wenn Sie unsere Anträge richtig kopieren würden. Das ist das Einzige, was ich mir wünsche. Das Energiekonzept vor zweieinhalb Jahren haben Sie ansatzweise kopiert. Sie haben es jedoch kaum umgesetzt. Kopieren Sie doch richtig und vollständig! Wir arbeiten gerne zu,

aber bleiben Sie bei den Anträgen verlässlich. Setzen Sie die Energiewende in Bayern um.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zum Schluss möchte ich noch auf den Themenbereich Bildung eingehen. Dort entsteht ein gewaltiges Ministerium. Nach unserer Auffassung handelt es sich wieder um einen Zuschnitt, der nicht den Herausforderungen gerecht wird. Nach unserer Auffassung ging es in erster Linie darum, einen Minister in München zu stärken und dementsprechend ein Ministerium zuzuschneiden, das faktisch für ein Drittel des Haushaltsvolumens verantwortlich ist. Die entscheidende Aufgabe in der Bildungspolitik – darin sind sich alle einig – ist die Schaffung von Chancengleichheit in diesem Land.

Damit es in diesem Land Chancengleichheit geben kann, ist aber ganz entscheidend, dass die frühkindliche Bildung richtig funktioniert. Wir alle wissen, die Entscheidung, wie die schulische Laufbahn aussieht, wird meist nicht erst in der 10., 11. oder 12. Klasse getroffen, denn wer soweit gekommen ist, steht meist schon auf der Sonnenseite des Bildungssystems. Die Entscheidung, wie weit man kommt, wird im frühkindlichen Alter getroffen. Warum ist die frühkindliche Erziehung nicht im Kultusministerium untergebracht? Sie lassen die frühkindliche Bildung weiterhin draußen, im Sozialministerium. Sie fangen erst mit dem Eintritt in die Schule an. Wenn wir aber eines Tages in einem Land leben möchten, in dem die Herkunft der Eltern nicht entscheidet, welche Bildungschancen ein Kind hat, in einem Land, in dem es egal ist, ob der Papa Flüchtling oder Zahnarzt ist, um im Bildungssystem weiterzukommen, dann hätten wir diesen Bereich in das Kultusministerium eingliedern müssen, um Zusammengehöriges in einer Hand zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Dafür sprechen drei Punkte: Erstens. Die Bildungsübergänge können besser gestaltet werden, weil die Zuständigkeiten in einem Haus angesiedelt sind, von der frühkindlichen Bildung bis zur Schule. Zweitens, und das ist jedem bekannt: Es gibt Reibungs-

verluste durch die verschiedenen Träger, die für die Finanzierung der verschiedenen Angebote zuständig sind. Drittens. Am meisten stören mich die vielen Arbeitsgruppen in den verschiedenen Ministerien. Sie kommen meist gar nicht weiter, weil die Zuständigkeiten in zwei Ministerien untergebracht sind. Da hätte man eine Änderung erwarten müssen. Die letzten zwei Jahre haben deutlich gezeigt: Das Augenmerk muss auf der frühkindlichen Bildung liegen. Dem wird man aber leider nicht gerecht.

Noch ein paar Worte zum Schluss: Wenn man sich das Kabinett ansieht, das anschließend vereidigt wird, dann kann man abschließend durchaus sagen: Es ist ein Blick auf vermeintliche Hoffnungsträger, bei denen der Regionalproporz ganz stark der Fachkompetenz vorgeht. Die innerparteiliche Harmonie war offensichtlich wichtiger, als die Herausforderungen in diesem Land mit einem neuen Zuschnitt der Ministerien anzugehen.

Herr Ministerpräsident, Sie können aber durchaus froh sein, denn wir werden als starke Opposition regelmäßig Weckrufe an das Kabinett schicken, Weckrufe im wahrsten Sinne des Wortes. Wir werden auf die wichtigen Themen hinweisen, und dafür schäme ich mich nicht. Im Gegenteil, ich freue mich auf die Arbeit und darauf, in den nächsten fünf Jahren die Rolle des Ideengebers in diesem Land zu spielen. Das ist verdammt wichtig; denn neue Ideen für die vor uns liegenden Herausforderungen sind von diesem Kabinett nicht zu erwarten.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Das Wort hat nun der Vorsitzende der CSU-Fraktion, Herr Kollege Kreuzer. Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Im Vergleich zur Debatte vorgestern war heute bei der Verteilung der Ressorts viel mehr Sachliches dabei. Hier möchte ich durchaus ein Kompliment machen. Trotzdem, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, es war harsche und überzogene Kritik an Personen dabei, die heute hier berufen werden.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich will darauf im Einzelnen nicht eingehen, ich möchte nur so viel sagen: Das Kabinett der vergangenen Wahlperiode war an den Erfolgen in Bayern maßgeblich beteiligt. Die Menschen in Bayern haben dies bei der Wahl genauso gesehen und der CSU eine breite Mehrheit in diesem Parlament verschafft. Wenn Sie die Einzelergebnisse der Mitglieder des Kabinetts ansehen, die heute wieder berufen werden, dann stellen Sie fest, diesen wurde ausdrücklich das Vertrauen ausgesprochen. Ich bitte das zu bedenken, wenn Kritik geübt wird, auch in den nächsten Tagen. Wenn man es genau nimmt, meine Damen und Herren, dann sollten sich manche aus der Opposition auch überlegen, ob bei den Wahlzielen, die sie verkündet haben, auch ihnen von den Menschen in Bayern das Vertrauen so ausgesprochen worden ist. Trotzdem sitzen viele von Ihnen noch auf den gleichen Stühlen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Die CSU-Fraktion ist der Auffassung, dass dies ein hervorragendes Kabinett ist.

(Unruhe bei der SPD und den GRÜNEN)

Dem Kabinett gehören fünf Frauen und sechs Männer als Minister an. Die Frauen stellen somit einen sehr hohen Anteil der Minister. Herr Kollege Rinderspacher hat ausgeführt, es wären zu wenige neue Minister im Kabinett.

(Zuruf der Abgeordneten Claudia Stamm (GRÜNE))

Herr Kollege Bausback ist neu, Frau Kollegin Huml ist neue Ministerin. Nicht aufgeführt hat er Frau Kollegin Aigner. Das ist schön; denn offensichtlich hat er Frau Kollegin Aigner, die wir herzlich willkommen heißen, schon ganz als Mitglied dieses Kabinetts verinnerlicht. Jedenfalls hat er sie hier zu nennen vergessen. Später hat er sie dann noch erwähnt, aber nicht als neue Personalbesetzung.

Wir haben eine Mischung von erfahrenen und neuen, jungen Kabinettsmitgliedern, die ihre Arbeit aufnehmen. Wir haben in jedem Regierungsbezirk einen Minister oder eine Ministerin. Dieses Kabinett bildet somit das ganze Land ab. Alle Menschen in Bayern können sich in diesem Kabinett bestens vertreten fühlen. Das ist meines Erachtens wichtig und richtig, deshalb begrüßen wir das außerordentlich.

Auch der Ressortzuschnitt ist gelungen. Wir haben Dinge aufgegriffen, die geändert werden mussten, teilweise auch deswegen, weil sich die Verhältnisse und die Prioritäten geändert haben. Ich nenne hier die Bündelung der Energiefragen. Sie ist seit der Energiewende besonders vordringlich geworden. Ich halte das für richtig, und ich glaube auch, dass sie beim Wirtschaftsministerium hervorragend angesiedelt und zu bewältigen ist. Es wird immer kritisiert, die Energiewende ginge nicht voran. Dazu will ich Folgendes ausführen: Wir wissen, dies ist eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, nicht nur in Bayern, sondern in ganz Deutschland. Die Zukunft des Landes und der wirtschaftliche Erfolg hängen wesentlich vom Gelingen der Energiewende ab. Tun Sie aber bitte nicht so, als wäre Bayern das Schlusslicht oder hinten dran. Beim Ausbau der erneuerbaren Energien haben wir beispielsweise wahnsinnig viel geschafft.

(Christine Kamm (GRÜNE): Ihr doch nicht!)

Wir sind hier viel weiter gekommen als andere. In so manchem Land, in dem Sie regieren, besteht die Energiewende darin, Braun- und Steinkohlekraftwerke zu bauen. Das stellen wir uns nicht vor, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall bei der CSU)

Es war richtig, Bau und Verkehr zu bündeln, den Verkehr in all seinen Bereichen: Straße, Schiene, Wasserstraße und Luft. Das ist in der Sache gerechtfertigt, denken wir nur an ein Projekt wie den Flughafen München, bei dem es um den Luftverkehr geht, aber auch um die Straßen- und Schienenanbindung. Das alles ist nun in einer Hand. Das ist auch im Bund so, sodass wir hier einen Minister haben, der alles vertritt. Mir scheint, dies ist eine äußerst gelungene Konstruktion.

Hochschule und Bildung zusammenzulegen, ist meines Erachtens ebenfalls ein Schritt in die richtige Richtung und in die Zukunft. Es hängt alles miteinander zusammen. Die Schule bildet die Kinder aus, die am Ende zu einem Teil von der Hochschule übernommen werden.

(Christine Kamm (GRÜNE): Und die in der frühkindlichen Bildung? Was machen die?)

Es ist ganz entscheidend, dass die schulische Bildung gerade im gymnasialen Bereich so angelegt ist, dass die Kinder und die jungen Menschen anschließend problemlos ihr Studium an den Hochschulen antreten und beenden können.

(Claudia Stamm (GRÜNE): Das war bisher nicht der Fall!)

Umgekehrt bildet die Hochschule die Lehrer für die Schulen aus. Auch dies ist ein Schnittpunkt. Lehrerausbildung ist ganz wichtig für das Gelingen im Schulsystem. Ich glaube deshalb, die Zusammenlegung ist richtig. Herr Kollege Hartmann, Sie haben erwähnt, dass dieses Haus ein Drittel des Staatshaushaltes hat. Wenn wir abziehen, was wir in den Länderfinanzausgleich und an kommunalem Finanzausgleich zahlen, dann ist es sogar fast die Hälfte. Ich sage Ihnen, bei dieser Gelegenheit haben Sie messerscharf erkannt, welchen Stellenwert Bildung in Bayern hat. Meine Damen und Herren, das wird auch so bleiben.

(Beifall bei der CSU)

Wir halten es für ausgesprochen gelungen, der Heimat auch in der Verwaltung einen Platz zu geben, und zwar nicht im Sinne einer nostalgischen Heimat oder im Hinblick auf Folklore und Kultur, sondern im Sinne von Gestaltung der Zukunft. Dies ist ein Zukunftsministerium. Wer sagt, hier seien keine wichtigen Themen gebündelt, der hat entweder nicht zugehört oder die Vorlage nicht gelesen, die man extra schon gestern Abend verschickt hat, was ich für gut halte. Es geht um die digitale Erschließung, es geht um die Landesentwicklung und um die Infrastruktur. Ein ganz wesentlicher Teil im

Hinblick darauf, wie Bayern morgen aussieht, läuft über die Landesentwicklung. Auch dieser Bereich ist in diesem Ministerium. Das Ministerium hat auch die Möglichkeit, durch Veränderungen innerhalb der Verwaltung, in der Behördenstruktur, den ländlichen Raum zu stärken. Das Ministerium ist auch zuständig für den Bereich Demografie, einen Kernbereich der Zukunft in den nächsten Jahren und Jahrzehnten.

(Christine Kamm (GRÜNE): Und was macht ihr?)

Gerade die demografische Entwicklung hat natürlich massive Auswirkungen auf den ländlichen Raum. Deswegen sind in diesem Ministerium ganz erhebliche Kompetenzen gebündelt. Dass dies der Finanzminister macht, ist meines Erachtens gut. Darauf zu achten, dass seine Kompetenzen nicht überschießen, ist Aufgabe des Parlaments. Schließlich haben wir auch noch einen Haushaltsausschuss, der diese Vorschläge zu genehmigen hat. Deshalb mache ich mir darüber keine Sorgen.

Meine Damen und Herren, schließlich komme ich zum Ministerium für Gesundheit und Pflege. Auch das ist eine wichtige Zukunftsaufgabe, die aufgrund der demografischen Entwicklung unserer Bevölkerung immer mehr an Bedeutung gewinnen wird. Wir müssen aufpassen, dass wir auch zukünftig in allen Regionen Bayerns eine hervorragende Gesundheitsversorgung haben. Wir müssen uns in der Pflege auf große Herausforderungen einstellen. Das werden wir tun. Niemand möchte, dass es zu wenig Pflegepersonal gibt. Wir haben dafür in Bayern viel getan, indem wir neue Ausbildungsplätze geschaffen haben. Wir bilden wesentlich mehr aus.

Niemand will, dass das Pflegepersonal schlecht bezahlt wird. Wir müssen es angemessen bezahlen. Hier sind wir der gleichen Auffassung. Sagen Sie dann aber den Menschen auch, dass nicht der Staat, sondern die zuständigen Träger die Löhne für das Personal festsetzen. An diesem Problem müssen wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CSU)

Ich glaube auch – darauf komme ich am Schluss noch zu sprechen, wenn ich darauf eingehere, wie wir im Landtag weiter vorgehen -, dass wir diese Schwerpunktsetzung des Ministerpräsidenten im Landtag mit einem eigenen Ausschuss abbilden sollten.

Meine Damen und Herren, insgesamt ist das Kabinett sowohl vom Personal als auch von der Sache her gut gelungen. Herr Rinderspacher, Sie sagten, Bundesangelegenheiten und Europafragen seien jetzt auf zwei Ministerien aufgeteilt. Dazu muss ich Ihnen aus meiner Erfahrung sagen: Die Staatskanzlei ist gar kein Ministerium, sie besteht schon gar nicht aus zwei Ministerien. Bundesangelegenheiten und Europafragen bleiben in einem Haus unter der Führung des Ministerpräsidenten. Dass man die Aufgaben jetzt so aufgeteilt hat, ist aufgrund der Präsenzpflichten der einzelnen Ministerinnen in Berlin, in Brüssel usw. eine Zweckentscheidung. Meines Erachtens wären die Aufgaben anders nicht so gut zu bewältigen. Ich weiß, wovon ich spreche. Es sind nicht zwei Häuser, es sind zwei Flügel in der Staatskanzlei. Meine Damen und Herren, dies muss auch einmal gesagt werden.

(Zuruf von der SPD: Aber zwei Ministerinnen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir bewerten die Entscheidungen zwar unterschiedlich, aber wir müssen mit dem Ergebnis leben und die neuen Zuständigkeiten auch im Parlament abbilden. Eine solch große Umstrukturierung der Ressorts erfordert auch bei uns Überlegungen, wie wir diese Umstrukturierung parlamentarisch vernünftig bewältigen können. Die CSU-Fraktion macht sich darüber im Moment selbst Gedanken, denn es sind große Veränderungen. Ich nehme an, dass auch die anderen Fraktionen darüber nachdenken. Ich biete an, dass wir ab nächster Woche in Gespräche miteinander treten. Ich hoffe sehr, dass wir die Aufgaben mit hoher Gemeinsamkeit so lösen können, dass wir am 24. Oktober die Positionen besetzen können. Voraussetzung dafür ist der Zuschnitt der Ausschüsse. Dann wird der Landtag insgesamt personal aufgestellt und einsatzfähig sein. Ich hoffe, dass wir danach mit unserer Sacharbeit beginnen können, auf die alle, sowohl die bewährten als auch die neuen

Mitglieder des Landtags schon brennen, und dass wir dann auch einen guten Start in die Sacharbeit haben werden.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Nach Artikel 49 der Bayerischen Verfassung bedarf die vom Ministerpräsidenten bestimmte Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche der Bestätigung durch den Bayerischen Landtag. Im Einzelnen finden Sie, Kolleginnen und Kollegen, die vom Ministerpräsidenten getroffenen Festlegungen auf der Ihnen vorliegenden Drucksache 17/8. Darüber lasse ich jetzt abstimmen.

Wer der vom Ministerpräsidenten bestimmten Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit bestätigt der Landtag die vom Ministerpräsidenten bestimmte Zahl und Abgrenzung der Geschäftsbereiche. Der Tagesordnungspunkt 1 ist damit abgeschlossen.